

„Energiepreise treffen die Wirtschaft ins Mark“



Handwerkspräsident Jörg Dittrich fordert die Politik zum Handeln auf. Foto: Michael Kappeler/dpa

Wegen des Angriffs der USA und Israels auf den Iran sieht Handwerkspräsident Jörg Dittrich Aufschwung und Jobs gefährdet.

BERLIN Handwerkspräsident **Jörg Dittrich** erklärt im Interview mit **Birgit Marschall**, warum nun schnelle Sozialreformen der Bundesregierung noch dringlicher geworden sind.

Herr Dittrich, gerade gab es erste Anzeichen einer konjunkturellen Erholung, da eröffneten die USA und Israel den Krieg gegen den Iran. Starke Energiepreissprünge sind die Folge. Bleibt der deutsche Aufschwung damit auf der Strecke?

Jörg Dittrich: Diese Sorge treibt mich um. Leider ist das zu befürchten, denn es wurde ohnehin kein selbsttragender Aufschwung für 2026 erwartet, also eine wirtschaftliche Erholung aus eigener Kraft. Die Konjunktur wird derzeit vor allem durch schuldenfinanzierte Mehrinvestitionen des Staates angetrieben und durch den Umstand, dass Feiertage auf Wochenenden fallen. Wenn nun aber die Energiepreise in die Höhe schießen, trifft das die gesamte deutsche Wirtschaft ins Mark. Bei mir im Betrieb flattern gerade Briefe mit massiven Preiserhöhungen im zweistelligen Prozentbereich herein für Materialien und Vorprodukte, die in meinem Dachdeckerbetrieb benötigt werden. Die Inflation dürfte wieder anziehen, was die Kaufkraft der Verbraucher schmälert.

Welche Schlussfolgerungen ziehen Sie daraus?

Dittrich: Gut, dass die Bundesregierung mit marktberuhigenden Maßnahmen den steigenden Spritpreisen entgegenzuwirken versucht, etwa durch die teilweise Freigabe der Ölreserven und die Vorgabe, dass Mineralölkonzerne die Benzinpreise künftig nur noch einmal täglich erhöhen dürfen. Das ändert jedoch nichts daran, dass grundlegende Reformen nötig sind, um wieder zu mehr Wachstum zu kommen. Die aktuelle Lage macht sogar noch deutlicher, wie dringend Reformen vor allem bei den Sozialversicherungen sind. Wir mahnen das schon seit Langem an, weil die steigenden Lohnzusatzkosten das Handwerk als lohnintensiven Bereich besonders belasten. Die Politik muss handeln und darf Reformen nicht wegen anstehender Landtagswahlen oder geopolitischer Themen wie den Kriegen in der Ukraine oder dem Iran weiter aufschieben. Die Stimmung in der Wirtschaft ist schlecht.

Wie viel Zeit hat die Regierung für die Sozialreformen?

Dittrich: Die Regierung sollte aufhören, sich von der Angst vor den nächsten Wahlen leiten zu lassen und untätig zu bleiben. Umgekehrt wird ein Schuh daraus: Der Eindruck mangelnder Reformfähigkeit der Regierung treibt Menschen eher in die Hände von Populisten mit deren vermeintlich einfachen Antworten. Deshalb muss die Regierung das Zeitfenster bis zu den Wahlen im September in Ostdeutschland unbedingt nutzen und Reformen auf den Weg bringen. Inzwischen erkennen ja auch einzelne Gewerkschaften an, dass Politik gut daran täte, wieder stärker die Leistungsträger der Mitte in den Blick zu nehmen und wieder für mehr Leistungsgerechtigkeit zu sorgen.

Welche Reformen stehen bei der Rente an?

Dittrich: Die Erzählung vom angeblich faulen oder zu wenig arbeitenden Arbeitnehmer muss zunächst erst einmal aus der Welt geschafft werden. Entscheidend ist, die Lohnzusatzkosten zu senken. Dafür spielen die Rentenbeiträge eine zentrale Rolle, denn sie machen rund ein Fünftel eines Gehalts aus. Wichtig ist, dass eine Rentenreform generationengerecht gestaltet sein muss. Und sie muss gleichermaßen Leistungsbezieher wie auch diejenigen, die das finanzieren, in den Blick nehmen. Die größere Generation der Älteren wird akzeptieren müssen, dass auch sie ihren Beitrag leisten muss, etwa durch längere Erwerbszeiten. Eine Anhebung aller Renten entsprechend der Lohnerhöhung wird auf Dauer voraussichtlich nicht mehr möglich sein.

Thema Gesundheit: Brauchen wir Leistungskürzungen in der gesetzlichen Krankenversicherung?

Dittrich: Wenn wir Kosten senken wollen, müssen alle einen Beitrag leisten, auch die Versicherten. Der medizinische Fortschritt macht immer mehr möglich, geht zugleich aber mit steigenden Kosten einher. Hier gilt es, eine ausgewogene Balance zu finden zwischen den notwendigen Grundleistungen der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung und darüber hinausgehenden Leistungen, die privat abgesichert werden können. Gleichzeitig braucht es mehr Eigenverantwortung. Zugleich müssen Verwaltungsprozesse dringend vereinfacht und effizienter werden, etwa durch stringenten Bürokratieabbau.

Heißt das, die Beitragsbemessungsgrenze in der GKV soll steigen?

Dittrich: Einzelne Maßnahmen isoliert herauszugreifen, halte ich nicht für sinnvoll. Genauso wenig wie den Ansatz, zunächst zu schauen, wie mehr Geld ins System zu bekommen ist. Wir sollten uns im Rahmen eines umfassenden Reformpakets alle Optionen ansehen. Dazu gehören auch steuerliche Entlastungen für Leistungsträger. Fest steht: Mit den derzeit hohen Lohnzusatzkosten geraten die Geschäftsmodelle vieler Handwerksbetriebe zunehmend unter Druck.

Bei den Steuern will die Koalition untere und mittlere Einkommen entlasten. Die SPD will zudem höhere Einkommen und Vermögende belasten, die Union den Spitzensteuersatz erst später greifen lassen. Wofür sind Sie?

Dittrich: Wir brauchen insgesamt einen deutlich größeren Reformaufschlag aus steuer- und beitragsrelevanten Maßnahmen, um wieder wettbewerbsfähig zu werden und wieder Wirtschaftswachstum zu erreichen. Eine steuerliche Entlastung kleinerer und mittlerer Einkommen sollte Teil eines solchen Gesamtpakets sein. Kritisch sehe ich jedoch die in der Debatte vorgeschlagene Gegenfinanzierung über eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes. Die Einkommensteuer ist im Handwerk für die Mehrzahl der Betriebe die zentrale Unternehmensteuer, sehr viele Betriebe würden also stärker belastet. Das wäre aktuell ein fatales Signal.